

## **Ziel Acht der MDGs – Globale Partnerschaft für Entwicklung**

### **Neubearbeitung durch Südwind**

Das Ziel 8 der Millennium Development Goals (Globale Partnerschaft für Entwicklung) der UN beschreibt die Verpflichtungen der reichen Staaten. Es ist im Gegensatz zu den ersten sieben Zielen unpräzise und unverbindlich formuliert. Darüber hinaus wird die Zielerreichung an wenig geeigneten Indikatoren gemessen.

Südwind hat aus diesem Grund eine Neuformulierung der Inhalte von Ziel 8 vorgenommen. Die Umsetzung der im Folgenden vorgeschlagenen Politiken schafft erst die Voraussetzung, die MDGs bis 2015 tatsächlich zu erreichen.

/Reicher Mann und armer Mann  
standen da und sahn sich an.  
Und der Arme sagte bleich:  
"Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich."/

Brecht

### **Präambel**

In der Millenniumserklärung sind die Staats- und RegierungschefInnen der Welt die Verpflichtung eingegangen keine Mühen zu scheuen, um Männer, Frauen und Kinder aus den erbärmlichen und entmenslichenden Lebensbedingungen der extremen Armut zu befreien, in der derzeit mehr als eine Milliarde von ihnen gefangen sind. Die Ziele, die sie dazu verabschiedeten, stellen ein international vereinbartes Programm dar, in welcher "Entwicklung" durch eine echte Partnerschaft zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern in gegenseitiger Verpflichtung und geteilter Verantwortlichkeit verwirklicht werden soll.

Allgemeine Zielsetzungen oder geteilte Interessen sind ohne Zweifel leistungsfähige Motive für die Formung einer Partnerschaft, aber sie sind alleine nicht ausreichend. Echte Partnerschaft muss auf echter Gleichheit und gleichen Chancen aufbauen: Wenn das Verhältnis nachhaltig sein soll, braucht es globale Gleichwertigkeit zwischen gleichen PartnerInnen. Außerdem muss diese Partnerschaft kohärent sein. Kohärenz ist nicht nur das Beseitigen von Widersprüchen zwischen allen betroffenen AkteurInnen, ihren politischen Richtlinien und Instrumenten, sondern auch das Ermöglichen des vollen Entwicklungspotentials aller Beteiligten.

Partnerschaft und Kohärenz zwischen Völkern mit gleichen Rechten und Chancen sind unverzichtbar zur Sicherstellung von Chancengleichheit und zur Realisierung der grundlegenden ökonomischer und sozialer Rechte. Gleiche Ausgangsbedingungen müssen geschaffen werden, wobei die Beendigung der Diskriminierung von Frauen eine zentrale Rolle spielt. Globale Partnerschaft ist daher das Ziel, das es zu erreichen gilt.

## **Südwind fordert Partnerschaft unter Gleichen und Kohärenz**

**Südwind fordert die Regierung daher auf**, in ihrer nationalen Politik, in den Gremien der EU und in anderen internationalen Gremien **auf dem Weg zu einer Partnerschaft unter Gleichen zur Erreichung von Ziel 8 der MDGs**

- generell in allen Politikfeldern Politiken zu verfolgen, die Herstellung von gleichen Chancen für alle Menschen dieser Einen Welt zum Ziel hat.
- Diskriminierungsabbau von Frauen – die mehr als Hälfte der Menschheit ausmachen – muss durch Gender Mainstreaming und frauenspezifische Politiken hergestellt werden.
- die Demokratisierung internationaler Gremien wie der WTO, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds einzufordern und einzuleiten; in diesen faire, transparente und partizipative Prozesse zu fordern und in Zukunft nicht mehr zuzulassen, dass Druck auf die Länder des Südens für eine Politik der Liberalisierung und Privatisierung, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge ausgeübt wird.
- das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung zu bekräftigen – wie in der Rio-Deklaration von 1992 vereinbart: dementsprechend sollen verursachergerecht die Länder die Kosten der Maßnahmen zur Beseitigung von Folgen zerstörender und nicht nachhaltiger Umwelt- und Sozialpolitiken proportional zu ihrem Anteil an den verursachenden Faktoren tragen.
- Für die Einführung von Nutzungsentgelte für globale Gütern einzutreten wie für die Nutzung der Meere durch den Schiffsverkehr, für die Nutzung des Luftraums durch den Flugverkehr und Entgelte für Nutzungsverzichtserklärungen zum Schutz global wertvoller Umweltressourcen z.B. auf Boden- und Wasserflächen, die sich im Hoheitsbereich von Staaten befinden, deren Erhalt jedoch spürbaren globalen Nutzen erzeugt. Die globalen Gemeinschaftsgüter wie der internationale Luftraum und die Hohe See werden zunehmend übernutzt, weil die Nutzer nicht die vollen Kosten ihres Handelns tragen müssen. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen des internationalen Flugverkehrs und des Schiffsverkehrs fallen auch nicht unter die quantitativen Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls.
- Für eine Lösung des Schuldenproblems auf gleicher Ebene von Schuldern und Gläubigern in einem transparenten Prozess einzutreten und dieses aktiv mit zu entwickeln (statt wie bisher Good Will Aktion einiger Gläubiger hinter verschlossenen Türen zu setzen – wie es derzeit beim G8-Gipfel, Pariser Club oder in den Internationalen Finanzinstitutionen der Fall ist). Dazu ist ein faires, transparentes und partizipatives Entschuldungsverfahren (FTAP) einzurichten, das über die HIPC-Länder hinaus auch andere Staaten einschließt, deren Entschuldung für die Erreichung der MDGs wesentlich ist.
- In der Handels- und Wirtschaftsordnung dafür Sorge zu tragen, dass Transnationale Unternehmen weltweit verbindliche soziale und ökologische Mindeststandards einzuhalten haben, die auf den ILO-Standards und auf den UN-Normen zur Unternehmensverantwortung beruhen.
- In der Handelsordnung dafür einzutreten, dass die Least Developed Countries (*wenigsten entwickelten Länder*) ungehinderten Zugang zu den Märkten der reichen Staaten erhalten. Gleichzeitig ist diesen Staaten das Recht einzuräumen, eigene Märkte oder Produktionssektoren abzuschirmen.
- Auf nationaler wie internationaler Ebene sollten verstärkt Maßnahmen gesetzt

werden, welche die betreffenden Nationalstaaten zur Ratifikation und Umsetzung der indigenen Rechte auf Land, Erhalt kultureller Eigenständigkeit, Selbstbestimmung und eine ökonomisch nachhaltige Zukunft - niedergelegt im Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte, im Internationalen Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und kulturelle Rechte sowie insbesondere auch in den Bestimmungen der ILO-Konvention No. 169 - verpflichten. Des Weiteren sollen auf nationaler wie internationaler Ebene Mechanismen entwickelt werden, welche die Unveräußerlichkeit indigenen Territoriums in den Mittelpunkt stellen und dabei gleichzeitig den Freihandel mit indigenen Landrechten verhindern.

- Politiken zu planen, einzufordern und zu unterstützen, die allen Menschen einen Zugang zu ausreichender Nahrung, sauberem Trinkwasser, Grundschulbildung und Gesundheitsvorsorge ermöglicht
- Politiken zu planen, einzufordern und zu unterstützen, die der Schliessung der Schere zwischen Arm und Reich dienen und dazu insbesondere auf nationaler Ebene den Fairen Handel als positives Beispiel effizienter wirtschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit massiv zu fördern und in der öffentlichen Beschaffung selbst intensiv zu nutzen.
- Den Verbrauch von Ressourcen auf nationaler Ebene durch Gesetze und Lenkungsmaßnahmen deutlich zu reduzieren und auf internationaler Ebene die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs insbesondere in den Industrieländern einzufordern.

### **Forderungen zu Kohärenz**

**Südwind fordert die Regierung daher auf**, in ihrer nationalen Politik, in den Gremien der EU und in anderen internationalen Gremien **Entwicklungsstrategien zu fördern, die auf den Bedürfnissen und Erfahrungen der jeweiligen Bevölkerung basieren. Insbesondere fordern wir:**

- eine nationale Politikgestaltung zu stärken, die auf Bedürfnissen und Prioritäten gründet, die von der Bevölkerung in partizipativen Prozessen definiert wurden, wie das in den Beschlüssen der UN Konferenzen der 90er Jahre: 1992 Umwelt, 1993 Menschenrechte, 1994 Bevölkerung und Entwicklung, 1995 Frauen, 1995 Soziales, 1996 Wohnen und Stadtentwicklung, 1996 Ernährung etc.
- Reformen im Agrar- und Wassersektor, die garantieren, dass derzeit in der Landwirtschaft und Fischerei tätigen LandwirtInnen, FischerInnen und andere ländliche Gemeinschaften Zugang, Kontrolle, Eigentum und die Verwaltung der produktiven Ressourcen ermöglicht wird. Hierzu muss die internationale Gemeinschaft über Entwicklungsgelder entweder bilateral, im UN-Verband oder als EU, einen substantiellen Beitrag für die Umverteilung von Großgrundbesitz an landlose und landarme Bauernfamilien, PächterInnen und LandarbeiterInnen leisten. Die Landrechte indigener Gemeinschaften sind sicherzustellen, Benachteiligungen von Frauen bei Vergabe und Vererbung von Land sind zu beseitigen.
- die Durchsetzungsfähigkeit von Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zu stärken, sowohl auf internationaler Ebene wie auch auf nationaler und lokaler Ebene. Dazu ist ein Ordnungsrahmen für die globale Umweltpolitik zu schaffen, der die Normsetzung und die Überwachung der bestehenden Verträge vorantreibt.

- die ernsthaften und unmittelbaren Bedrohung, die der Klimawandel darstellt ausdrücklich anzuerkennen und daher eine rasche Umsetzung der Kyoto-Ziele in allen Industriestaaten umzusetzen und einen umgehenden Beschluss zu Reduktionszielen für den Post-Kyoto-Prozess nach 2012 zu fassen. Für Industriestaaten ist eine Reduktion des CO<sub>2</sub> Emissionen von minus 50% bis 2030 und minus 80% bis 2050 notwendig, um eine Stabilisierung des Weltklimas auf zwei Grad plus im globalen Durchschnitt gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu erreichen
- die Clean Development Mechanism (CDM) - Projekte des Kyoto-Protokolls, welche Industriestaaten ermöglichen mit Emissionsminderungsprojekten in Entwicklungsländern oder in Transformationsländern Emissionsreduktionsgutschriften zu erwirtschaften, entsprechend den Kriterien für EZA-Projekte zu beurteilen.
- eine entsprechende Dotierung eines Klimaschutz und Klimawandel-Adaptions-Fonds für die Länder des Südens mit besonderer Berücksichtigung der Least Developed Countries (wenigsten entwickelten Länder).
- die Festlegung von globalen nachhaltigen, gleichen und gerechten Emissionsrechten für alle Menschen auf der Erde in der Höhe von 2 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent (pro Kopf und Jahr) ist zu beschließen. Derzeit erreicht Österreich 11 Tonnen und die USA über 20 Tonnen pro Kopf und Jahr.
- die Verpflichtung, verstärkt erneuerbare Energien einzusetzen.
- Unternehmen für die von ihnen verursachten Umweltschäden umfassender als bislang haftbar machen und zu Umweltstandards per Gesetz zu verpflichten.
- die Abschaffung aller Formen handelsverzerrender Subventionen wie Agrarexportsubventionen in den reichen Ländern (darunter fallen ausdrücklich nicht Sozial- oder Umweltauflagen).
- in der nationalen Politikgestaltung eine Zusammenlegung aller EZA-Mittel der öffentliche Entwicklungszusammenarbeit herbeizuführen und eine einheitliche Verwaltung dieser Mittel sicherzustellen. Die Ausrichtung aller österreichischen EZA-Leistungen auf die Erreichung der Millennium Development Goals (Millenniumsentwicklungsziele) der UNO ist zu gewährleisten.

### **Wir fordern die Regierung und die europäische Union zudem auf, als Beitrag zur Erreichung der MDGs**

- die Militärausgaben drastisch zu reduzieren und eine verbindliche Verpflichtung einzugehen, die Militärausgaben in jedem Land bis zum Jahr 2015 mindestens zu halbieren und die hieraus entstehende „Friedensdividende“ für soziale und ökologische Zwecke zu verwenden.
- Bei Neuvergabe von Krediten an so genannte „Entwicklungsländer“ Kohärenz mit der Entwicklungspolitik, Berücksichtigung der Schuldentragfähigkeit, verbindliche Einhaltung international anerkannter Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards, Transparenz und Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung zu gewährleisten
- Initiativ zu werden, um den Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) grundlegend zu erneuern, so dass die Mitgliedschaft auf den Prinzipien der Repräsentativität, Rechenschaftspflicht und gemeinsamen Verantwortung beruht. Der erneuerte Wirtschafts-

und Sozialrat der Vereinten Nationen soll die höchste globale Autorität für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten sein. Seine Entscheidungen müssen entsprechend über Sanktionsmechanismen durchsetzbar werden.

- Initiativ zu werden, um die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat so umzugestalten, dass dieselben Prinzipien der Repräsentativität, Rechenschaftspflicht und gemeinsamen Verantwortung gelten;
- Initiativ zu werden, um Weltbank, IWF und WTO zu reformieren, damit sie ebenfalls diesen Prinzipien gerecht werden. Ihre Rollen sollten neu definiert werden, so dass das Mandat des IWF sich auf die Sicherung der globalen Finanzstabilität konzentriert und die WTO sich auf die Regelung des internationalen Handels - inklusive der Durchsetzung von sozialen und ökologischen Mindeststandards – beschränkt. Alle drei Institutionen sollen dem reformierten Wirtschafts- und Sozialrat verantwortlich sein.
- Initiativ zu werden, um die internationalen Rechtsinstitutionen zu stärken, die für die Verwirklichung globaler Rechtstaatlichkeit verantwortlich sind (Internationalen Gerichtshof und Internationalen Strafgerichtshofs).
- Initiativ zu werden, um eine internationale Rechtssituation zu schaffen, welche die Besteuerung Transnationaler Unternehmen (TNCs) regelt sowie eine Schließung von Steueroasen vorantreibt. Dabei ist sicherzustellen, dass TNCs in allen Ländern, in denen sie einkaufen, produzieren und vermarkten angemessen Steuern entrichten.